

Das Recht auf die erarbeitete Rente schützen

Diese Thematik geht alle Bevölkerungsgruppen an, da es um sozial- und generationsgerechte Lösungen mit dem Erhalt eines leistungsorientierten Rentensystems geht, ist der Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Seniorenvertretung Neu-Anspach, Harry Euler, überzeugt. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten sich frühzeitig eine eigene Meinung zu den aktuellen Vorschlägen der Wirtschaftsweisen bilden. Die Wirtschaftsweisen haben in ihrem Jahresgutachten Vorschläge zur Reform des Rentensystems erarbeitet. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem am 08.11.2023 vorgestellten Jahresgutachten auch Vorschläge zu einer tiefgreifenden Reform des Rentensystems gemacht.

So wird eine Kopplung des Rentenzugangsalters an die künftige Lebenserwartung vorgeschlagen und der Aufbau einer zusätzlichen, ergänzenden, kapitalgedeckten Säule der Altersversorgung gefordert. Künftige Rentenerhöhungen sollen sich nicht mehr am allgemeinen Lohnzuwachs, sondern an der Inflation ausrichten. Personen mit niedrigen Erwerbseinkommen und entsprechend niedrigen Rentenansprüchen sollen überproportionale hohe Renten erhalten, Gutverdiener mit hohen Rentenansprüchen hingegen müssten mit weniger Renten auskommen, als ihnen eigentlich zusteht. Zudem sollen Beamte und Selbständige in die Rentenversicherung einzahlen und das Renteneintrittsalter an die Durchschnittslebenserwartung gekoppelt werden. So wird gleichzeitig mit verschiedenen bewährten Grundprinzipien des Rentensystems gebrochen. Zuerst mit der Teilhabeäquivalenz, diese besagt, dass das, was jemand in die Rentenkasse einzahlt, darüber entscheidet, was er oder sie als Rente erhält. Mit der Idee der Umverteilung von Rentenansprüchen wird eine rote Linie für den überwiegenden Teil der Rentenbezieher überschritten. Sollte das derzeitige Leistungsprinzip aufgehoben werden, dann wäre doch keiner mehr dazu veranlasst, möglichst hohe Rentenansprüche zu erarbeiten. Wer dann von den leistungswilligen jüngeren Menschen dazu in der Lage wäre, würde das Rentensystem und womöglich Deutschland verlassen.

Auch bei der Finanzierung des Rentensystems wurde bereits eine Umlageminderung des Bundes von 600 Millionen diskutiert, d.h. die derzeitigen Rücklagen des Rentensystems werden reduziert. Somit stehen auch geringere Finanzmittel für den angedachten Aufbau einer „Rücklagensäule“ zukünftig zur Verfügung. Welche Auswirkungen so eine fortschreitende Reduzierung auf das zukünftige Rentensystem bedeutet, sollte jeder Bürgerin oder Bürger vorher klar sein, da alle Gruppen davon betroffen sind.

Unter den Mitgliedern des Sachverständigenrates herrscht ebenfalls keine Einigkeit. Das Gutachten war erst einen Tag alt, da sprach sich die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm im Interview mit dem Handelsblatt gegen eine Umverteilung der gesetzlichen Rente aus. Würde aus dem umlagefinanzierten Rentensystem ein Umverteilungssystem gemacht, würden die Anreize erhöht, sich aus dem System zurückzuziehen.

Die AOK Pflegekasse Hessen geht von steigenden Belastungen bei Pflegebedürftigkeit aus. In einer Presseveröffentlichung der Pflegekasse vom 11.01.2024 teilt diese mit, dass die durchschnittliche finanzielle Belastung Pflegebedürftiger, die in einem hessischen Pflegeheim leben, im vergangenen Jahr laut einer aktuellen Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) erneut gestiegen ist. Im Vergleich zum Jahr 2022 war bei den insgesamt zu leistenden Eigenanteilen ein Anstieg von 2.043 auf 2.301 Euro zu verzeichnen. Die pflegebedingten Eigenanteile stiegen von 780 auf 965 Euro.

„Trotz der Einführung von Zuschlägen zur Begrenzung des Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen liegt die durchschnittliche Gesamtbelastung der Bewohnerinnen und Bewohner in Hessen inzwischen über dem Niveau des Jahres 2021, also vor der Einführung der Zuschläge durch die Politik. Eine Prognose des WIdO zur weiteren Entwicklung macht deutlich, dass auch die aktuelle Anhebung der Zuschläge und die geplante Dynamisierung der Leistungssätze im Jahr 2025 den Trend zu immer höheren finanziellen Belastungen voraussichtlich nicht nachhaltig stoppen können. Die aktuelle Analyse für Hessen zeigt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner Ende des Jahres 2023 von der Pflegeversicherung durchschnittlich 617 Euro pro Monat für ihre pflegebedingten Eigenanteile in Form der nach Wohndauer gestaffelten Zuschläge erstattet bekamen. Durchschnittlich 965 Euro mussten sie selbst für die Pflege zuzahlen, hinzu kamen im Schnitt 833 Euro für Unterkunft und Verpflegung sowie 503 Euro für Investitionskosten. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Gesamtbelastung von 2.301 Euro pro Monat.“ Auch andere Pflegekassen werden vergleichbare Ergebnisse analysieren. Es ist auch für Laien absehbar, dass die Kosten für die Pflege im Heim weiter steigen werden, da die Lohnkosten in den letzten Jahren erheblich gesteigert wurden .

Allein die Analyse der Pflegekosten zeigt, dass auch Rentenbezieher weiterhin die erarbeiteten Rentenbezüge benötigen und die Diskussionen zu möglichen Rentenreduzierungen deplatziert sind. Nach einer ersten Wertung der Seniorenvertretung Neu-Anspach sind der Vorschläge sozial unausgewogen und auch der Bevölkerung nur sehr schwer vermittelbar. Hier kann man nur hoffen, dass die handelnden Politiker*innen auch mit der gebotenen Sorgfalt und Sachkenntnis die richtigen Entscheidungen zum Wohle der Mehrheit der aktuellen und zukünftigen Rentenbezieher*innen finden. Weitere Beitragssteigerungen, ob in der Renten-, Krankenversicherung oder Pflegekasse können nicht die Lösung sein, da die Rentenbezieher bereits aktuell stark durch die vielfältigen Kostensteigerungen belastet sind. Ich bin mir sicher, dass auch die Rentnerinnen und Rentner dann bereit sind zu streiken, ist Euler überzeugt. Es gibt eine rote Linie und diese sollten die Politiker vorher gut überdenken bevor diese überschritten wird. Die Aktionen der Landwirte haben dies deutlich aufgezeigt. Als Interessenvertreter der Generation 60plus erwarten wir von der Regierung konstruktive Vorschläge zu den aktuell bestehenden Finanzierungsproblemen im Sozialversicherungssystem, damit nachfolgend per Dialog ein tragfähiger gesellschaftlicher und generationsgerechter gesetzlicher Rahmen für alle Bürger*innen entwickelt wird.